



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)

**10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung (Wahlperiode 2013-2018)**

---

Sitzungstermin: Dienstag, 26.08.2014  
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
Sitzungsende: 18:10 Uhr  
Sitzungsort: Holzhof Wesloe, Wesloer Landstraße 78, 23566 Lübeck

**Anwesende Mitglieder**

**Vorsitz**

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN

**Mitglieder aus der Bürgerschaft**

Herr Dr. Marek Lengen - SPD  
Herr Jochen Mauritz - CDU  
Frau Heidemarie Menorca - CDU  
Frau Kerstin Metzner - SPD  
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU  
Herr Frank Zahn - SPD

**stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.**

Herr Dr. Rolf Tetzlaff-Gahrman - Bü90/DIEGRÜNEN

Herr Rolf Müller - FDP

Herr Werner Horstmann - Die PARTEI-PIRATEN

Herr Paul Kaitschick - CDU

Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE

Herr Christoph Otte - SPD

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU

Herr Olaf Wegner - BfL

Vertretung für:  
Herrn Schubert, Hans-Jürgen

Vertretung für:  
Herrn Rathcke, Thomas

Vertretung für:  
Frau Bussat, Stefanie

## Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Herr Oliver Bäh	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Frau Ingrid Bauer	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Herr Dennis Bunk	GMHL
Frau Anne-Katrin Lorenzen	Stadtplanung
Herr Christian Stolte	Stadtplanung

## Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

## Gäste

Herr Stefan Becker - bbp-architekten	nur im öffentlichen Teil (zu TOP 6.1)
Herr Björn Bergfeld - bbp-architekten	nur im öffentlichen Teil (zu TOP 6.1)

## Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Werner Macziew - Seniorenbeirat	
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	

## Entschuldigte Mitglieder

### Mitglieder aus der Bürgerschaft

Herr Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt
---------------------------	--------------

### stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN	entschuldigt
Frau Stefanie Bussat - Die PARTEI-PIRATEN	entschuldigt

## **T a g e s o r d n u n g:**

### Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.06.2014**
- 4. Mitteilungen**
  - 4.1. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
  - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
    - 4.2.1. Stadtwaldthemen
      - Ergebnis Fällsaison
      - Waldwege
      - Jagderlaubnisscheine
    - 4.2.2. Feuerlöschboot
  - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
  - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
    - 4.4.1. Essbare Stadt  
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft 26. Juni 2014 (VO/2014/01455)  
Vorlage: VO/2014/01794
- 5. Anträge**
- 6. Vorlagen**
  - 6.1. Neubau Feuerwache 3 – Aufhebung eines haushaltsrechtlichen Sperrvermerkes  
Vorlage: VO/2014/01785
  - 6.2. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795
  - 6.3. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 Vorlage: VO/2014/01796
  - 6.4. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/01797
- 7. Berichte und Antworten**
- 8. Neue Anfragen und Verschiedenes**
  - 8.1. Anfrage des AM Stefanie Bussat zum Thema Glyphosat Vorlage: VO/2014/01761
  - 8.2. Anfrage des AM Stefanie Bussat bzgl. Gefahrengebiete in Lübeck  
Vorlage: VO/2014/01763
  - 8.3. Anfrage Herr Martens - Anmeldung von Radtouren

- 8.4. Anfrage Herr Müller - Lärmbelastung Travemünder Woche
- 8.5. Anfrage Herr Müller - Wasserschutzpolizei / Aufgaben / Personal
- 8.6. Anfrage Herr Mauritz - Einsatzschutzbekleidung Freiwillige Feuerwehr
- 8.7. Anfrage Herr Zahn - Presseartikel Absage von genehmigten Veranstaltungen
- 8.8. Anfrage Herr Mauritz - Schließung von Stadtteilbüros
- 8.9. Anfrage Herr Wegner - Alkoholkonsum an öffentlichen Plätzen
- 8.10. Anfrage Herr Macziewy - Vandalismus Kleingartenanlagen

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 17.06.2014**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Vorlagen**
- 12. Berichte und Antworten**
- 13. Neue Anfragen und Verschiedenes**
- 13.1. Anfrage Frau Wind-Olßon - Recyclinghof Kücknitz
- 13.2. Anfrage Herr Mauritz / Herr Dr. Tetzlaff-Gahrmann - Feuer im Gewerbegebiet Roggenhorst
- 13.3. Anfrage Herr Macziewy - Renaturierung Dummerdorfer Ufer

Öffentlicher Teil:

- 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende Frau Mählenhoff eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Frau Mählenhoff verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag das bürgerliche Ausschussmitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Verpflichtet wird: Herr Werner Horstmann

Frau Mählenhoff stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Mählenhoff beantragt das Vorziehen des TOP 6.1 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste.

Der Ausschuss stimmt dem Vorziehen des TOP 6.1 bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Frau Mählenhoff beantragt die Vertagung der TOP 6.2, 6.3, 6.4, 4.4.1, 8.1 sowie 8.2.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung der genannten TOP bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die geänderte Tagesordnung bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## **zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 17.06.2014**

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

## **zu 4 Mitteilungen**

### **zu 4.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Es liegt nichts vor.

### **zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung**

#### **zu 4.2.1 Stadtwaldthemen**

- Ergebnis Fällsaison
- Waldwege
- Jagderlaubnisscheine

## Ergebnis Fällsaison

Herr Sturm teilt mit, dass aktuelle Ergebnisse zum Einschlag noch nicht vorlägen, da das Forstwirtschaftsjahr erst am 30.09. enden würde. Eine Auswertung der letzten Jahre stellt er anhand einer Präsentation dar.<sup>1</sup> Nachfragen der Damen Wind-Olßon, Metzner und der Herren Zahn, Zander, Wegner und Müller beantworteten Herr Sturm und Herr Möller.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## Waldwege

Laut Herrn Sturm unterhalte der Stadtwald ca. 220 km Wander- bzw. Forstwirtschaftswege sowie 50 km Reitwege. Dies schlage mit einem Kostenaufwand von ca. 40.000 Euro zu buche.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## Jagderlaubnisscheine

Herr Sturm berichtet, dass es insgesamt 24 Inhaber von Jagderlaubnisscheinen gebe, die den Stadtwald bei der Jagd unterstützten und denen man entsprechende Waldteile zugewiesen habe. Mit zwei weiteren Antragstellern würden zurzeit Verhandlung geführt, sodass es künftig 26 Jagderlaubnisscheininhaber sein könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

## **zu 4.2.2 Feuerlöschboot**

Herr Möller und Herr Bäth berichten über den aktuellen Sachstand in Sachen Feuerlöschboot. Demnach sei man beim ursprünglichen Angebot davon ausgegangen, dass die Welle irreparabel sei. Laut Angebot einer anderen Firma könne die Welle gerichtet werden. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel würden sich im Rahmen der ohnehin schon geplanten Wartungskosten bewegen. Das heißt, dass man diese Mittel für das Richten der Welle verwenden werde und die Wartung auf das unbedingt notwendige Maß beschränke bzw. aufschiebe, sodass keine Mehrbelastung entstehe.

Die Nachfrage von Herrn Martens, ob das Feuerlöschboot beim Feuerwehrgutachten auch geprüft werde, bejaht Herr Bäth.

Frau Wind-Olßon habe gehört, dass die Feuerwehr ein Konzept zur wasserseitigen Gefahrenabwehr erarbeite und hätte dieses gern eingesehen. Herr Möller und Herr Bäth erwidern, dass es sich um ein internes, noch nicht vollständig erarbeitetes Konzept handle. Außerdem sei es nicht sinnvoll, eigene Konzepte vor der Erstellung des Gutachtens zu veröffentlichen. Es werde erst berichtet, sobald das Gutachten erstellt und evtl. in das eigene Konzept eingeflossen sei.

Herr Zahn spricht sich dafür aus, das Gutachten abzuwarten. Er ist empört über die Mitteilungen eines Ausschussmitglieds in der Presse zum Thema Feuerlöschboot. Seit 2003 sei das Feuerlöschboot regelmäßig Gegenstand der Beratungen im Ausschuss und jetzt werde der Ausschuss so dargestellt, als ob er sich nicht fürs Feuerlöschboot interessiere.

---

<sup>1</sup> Anlage 1

Diese Anlage ist im Ratsinformationssystem

[http://www.luebeck.de/stadt\\_politik/buergerinfo/bi/si018\\_a.asp?GRA=100013](http://www.luebeck.de/stadt_politik/buergerinfo/bi/si018_a.asp?GRA=100013) abrufbar.

Herr Mauritz möchte zu einer der nächsten Sitzungen eine Aufstellung der Kosten, über die letzten 5 Jahre, bzgl. der Wartung und Ausbildung/Schulung der Besatzung bekommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

Es liegt nichts vor.

#### zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

##### zu 4.4.1 Essbare Stadt Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Die Partei-Piraten - Sitzung der Bürgerschaft 26. Juni 2014 (VO/2014/01455) Vorlage: VO/2014/01794

Sitzung der Bürgerschaft am 26. Juni 2014

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6 mit VO Nr. 1455 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Partei-Piraten einstimmig an den Bauausschuss und Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

**Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!**

##### **Essbare Stadt**

*Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen,*

- 1) *inwieweit eventuelle rechtliche Hindernisse einer Bepflanzung vorhandener städtischer Freiflächen mit Obst und Gemüse entgegenstehen,*
- 2) *welche Freiflächen für eine Bepflanzung in Frage kämen,*
- 3) *ob bei einer sukzessiven Nachbepflanzung des vorhandenen Stadtgrüns auf heimische Obst und Gemüsesorten kostenneutral umgestellt werden kann,*
- 4) *welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Bepflanzung durch ehrenamtliches Bürgerengagement zu ermöglichen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten für ein solches Projekt gewonnen werden können.*
- 5) *wo gibt es in Lübeck bereits öffentlich nutzbare Flächen wie z.B. Streuobstwiesen?*

Vertagt.

#### zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

## zu 6 Vorlagen

### zu 6.1 Neubau Feuerwache 3 – Aufhebung eines haushaltsrechtlichen Sperrvermerkes Vorlage: VO/2014/01785 (vorgezogen)

#### Beschlussvorschlag

*Der bei dem Produktsachkonto 126001 011.7851000 – „Gefahrenabwehr / Neubau Feuerwache 3 / Hochbaumaßnahmen“ – im Haushaltsjahr 2014 bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik in Höhe von 3.400.000 € wird aufgehoben. Die Mittel werden gleichzeitig zur Bewirtschaftung freigegeben.*

Herr Bähr stellt die Vorlage vor.

Es sprechen die Herren Martens, Müller, Dr. Tetzlaff-Gahrmann sowie die Damen Metzner, Menorca und Wind-Olßon. Dabei wird auf die Punkte Wasserförderungssystem, Mehraufwendungen, Übungshof, zusätzliches Personal / Kostendeckung des Rettungsdienstes sowie Eigenleistung der Feuerwehr eingegangen. Hierzu äußern sich die Herren Bähr, Bergfeld und Möller. Demnach stelle die Verschiebung der Beschaffung eines Wasserförderungssystems in künftige Haushaltsjahre kein Problem dar. Des Weiteren müssten im Gesamthaushalt die Mehraufwendungen nachweisbar sein, jetzt befinde man sich aber in den Planungen für 2014. Die Kostensteigerung begründe sich hauptsächlich durch die Steigerungen des Baupreisindex, die Steigerung der Honorarkosten (neue Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen seit August 2013), erforderliche Bodenverbesserungsarbeiten gem. Bodengutachten und die Erneuerung des Energieeinsparungsgesetzes. Die Steigerungen beim Übungshof seien eher als gering anzusehen. Aufgrund der Steigerung der Einsätze werde ein weiterer Rettungswagen benötigt und eingeplant. Dieser müsse nicht zwingend mit Personal der Feuerwehr besetzt sein, sondern könne, wie jetzt auch praktiziert, mit Personal z.B. von Hilfsorganisationen besetzt werden. Die Kosten würden von den Kassen übernommen. Diesbezüglich habe es noch keine Probleme gegeben. Zusätzliches Personal müsse deshalb nicht unbedingt vorgehalten werden. Die Senkung der Gesamtkosten von ca. 546.500 Euro liege überwiegend an der Reduzierung von Bauleistungen auf das zwingend unerlässliche Maß. Davon würden ca. 65.000 Euro durch die Feuerwehr (Rodungsarbeiten, Zaunbau) erbracht.

Frau Mählenhoff lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 15 - Jastimmen, 0 - Neinstimmen und 0 - Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

### zu 6.2 Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795

#### Beschlussvorschlag

- 1. Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Vertagt.

**zu 6.3 Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012**  
**Vorlage: VO/2014/01796**

**Beschlussvorschlag**

1. *Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Vertagt.

**zu 6.4 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"**  
**Vorlage: VO/2014/01797**

**Beschlussvorschlag**

1. *Das Konzept „Lübeck 2030“ wird als Grundlage für die Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung und die daraus folgende städtische Bauleitplanung sowie für die Fortschreibung des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen. Dies beinhaltet:*
  - a. *Die Suchräume für Wohnbau- und Gewerbeflächen der Kategorien 1 und 2 werden von weiteren konkurrierenden Nutzungen freigehalten. Bestehende Nutzungskonkurrenzen werden langfristig abgebaut.*
  - b. *Die in der Kategorie 3 vorgesehenen Suchräume werden langfristig nicht als Siedlungsflächen, sondern als Freiraum entwickelt.*
  - c. *Die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete erfolgt nach Prinzipien der Nachhaltigkeit. Maßnahmen der Innenentwicklung sollen die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen auf das notwendige Maß begrenzen.*
2. *Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck von 1989/90 wird fortgeschrieben.*

Vertagt.

**zu 7 Berichte und Antworten**

Es liegt nichts vor.

**zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes**

**zu 8.1 Anfrage des AM Stefanie Bussat zum Thema Glyphosat**  
**Vorlage: VO/2014/01761**

1. Wird Glyphosat von städtischen Einrichtungen eingesetzt? Wenn ja von welchen?
2. Welche Mengen an Glyphosat werden von städtischen Einrichtungen jährlich eingekauft?
3. Besteht die Möglichkeit den Glyphosateinsatz auf öffentlichen Flächen zu verbieten? Wenn ja wie ist das weitere Vorgehen?
4. Kann der Glyphosateinsatz aufgrund der erheblichen Folgen für die Umwelt in allen privaten Bereichen in Lübeck verboten werden, in denen die Gefahr besteht, dass Glyphosat in die öffentliche Kanalisation gelangt?
5. Wurden Gewässer, Abwässer und Brunnen auf Glyphosat untersucht? Mit welchem Ergebnis?
6. Wie groß ist schätzungsweise der Anteil privater und öffentlicher Grünflächen in Lübeck, auf denen möglicherweise Glyphosat eingesetzt wird?
7. Wie oft und zu welchen Tageszeiten wird Glyphosat auf den Bahntrassen in Lübeck eingesetzt?
8. Lübeck ist eine Agro-gentechnikfreie Kommune, wie kann eine glyphosatrafreie Kommune erreicht werden?

Quelle:

<http://www.landwege.de/neuigkeiten-archiv-45/glyphosat-segen-oder-pest.html>  
<http://www.kn-online.de/Schleswig-Holstein/Aus-dem-Land/Landwirtschaft-in-Schleswig-Holstein-Boom-Gift-Glyphosat-total>  
<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Pestizide-Glyphosat>  
<http://www.segeberger-zeitung.de/Lokales/Kiel/Einigung-im-Glyphosat-Konflikt-Kiel-Schoenberg-AKN-lenkt-ein>  
[http://www.lksh.de/fileadmin/dokumente/Gartenbau/Pflanzenschutz/Informationen-Weitere/Kleingarten/Rechtsvorschriften\\_im\\_Pflanzenschutz.pdf](http://www.lksh.de/fileadmin/dokumente/Gartenbau/Pflanzenschutz/Informationen-Weitere/Kleingarten/Rechtsvorschriften_im_Pflanzenschutz.pdf)  
[http://www.bund.net/aktiv\\_werden/aktionen/glyphosat\\_verbieten](http://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten)

Vertrag.

**zu 8.2 Anfrage des AM Stefanie Bussat bzgl. Gefahrenggebiete in Lübeck  
Vorlage: VO/2014/01763**

- In welchen Zeiträumen wurden in Lübeck Gefahrenggebiete eingerichtet?
- Welche positiven Erfahrungen hat man damit machen können?
- Nach welchen Kriterien werden in Lübeck in Zukunft Gefahrenggebiete eingerichtet?
- Welche Nachteile bestehen, wenn Lübeck kein Gefahrenggebiet ist?
- Bestehen verfassungsrechtliche Bedenken?

Vertrag.

**zu 8.3 Anfrage Herr Martens - Anmeldung von Radtouren**

Zur Frage von Herrn Martens, ob Radtouren angemeldet werden müssten, teilt Frau Mählenhoff mit, dass laut neuester Berichterstattung dies nicht notwendig sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.4 Anfrage Herr Müller - Lärmbelastung Travemünder Woche**

Herr Müller möchte zu einer der nächsten Sitzungen Informationen zur Gesetzesregelung, den Ermessensspielraum der Behörden und den Vorgaben an den Veranstalter der Travemünder Woche in Sachen Lärm.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.5 Anfrage Herr Müller - Wasserschutzpolizei / Aufgaben / Personal**

Herr Müller bittet für die nächste Sitzung mit dem Polizeibeirat um den aktuellen Sachstand und die Situation der Wasserschutzpolizei Travemünde. Dabei solle auf die Punkte Aufgaben und Personal der Wasserschutzpolizei eingegangen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.6 Anfrage Herr Mauritz - Einsatzschutzbekleidung Freiwillige Feuerwehr**

Herr Mauritz fragt nach, weshalb die Freiwillige Feuerwehr mit zwei Arten von Einsatzschutzbekleidung ausgerüstet sei. Zunächst merkt Herr Bäh an, dass sich mit solchen Fragen auch an den Stadtfeuerwehrverband gewandt werden könne, anstatt den Weg über den Ausschuss zu gehen. Generell sei die Schutzwirkung bei jeder Art von Einsatzschutzbekleidung gegeben. Dennoch unterliege die Auswahl der Schutzbekleidung einer Gefährdungsbeurteilung. Es gebe die Gefährdungsstufen 1 und 2, wobei die Einsatzschutzbekleidung in der Stufe 2 höheren Anforderungen gerecht werden müsse und demzufolge auch doppelt so teuer sei. So würden z.B. Atemschutzträger mit der Bekleidung der Stufe 2 ausgerüstet. Dies werde auch bei der Berufsfeuerwehr praktiziert und „funktionsbezogene“ Einsatzschutzbekleidung getragen. So trage man als Einsatzleiter auch nicht die Einsatzschutzbekleidung der Stufe 2. Nichtsdestotrotz würde für die Freiwillige Feuerwehr ca. 420 x Einsatzschutzbekleidung der Stufe 2 beschafft.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 8.7 Anfrage Herr Zahn - Presseartikel Absage von genehmigten Veranstaltungen**

Herr Zahn äußert erneut seinen Unmut über die aktuelle Berichterstattung des Fraktionsvorsitzenden der CDU Fraktion Herrn Zander in der Stadtzeitung und anderen Medien. So werde Herrn Senator Möller vorgeworfen, bereits genehmigte Veranstaltungen abzusagen. Er fordert ihn auf, dagegen vorzugehen. Herr Möller teilt mit, dass er in diesem Zeitraum urlaubsbedingt abwesend gewesen sei und den Vorfall nur teilweise mitbekommen habe. Der Betreiber habe sich wiederholt nicht an Qualitäts- und Lärmschutz-Auflagen gehalten, eine Genehmigung sei seines Wissens aber nicht widerrufen worden. Mit dem Veranstalter befinde man sich im Gespräch. Sobald der Sachverhalt vollständig aufgeklärt sei, werde es eine Pressemitteilung zum tatsächlichen Ablauf geben. Weiterhin erinnert er an das Qualitätskonzept der LTM und das gemeinsam erarbeitete Sicherheitskonzept für Veranstaltungen in der Hansestadt Lübeck. Dort sei ein Standard festgelegt worden, der nun ohne etwaige Ausnahmen umgesetzt würde. Halte ein Veranstalter die Vorgaben nicht ein, so könne eine Genehmigung versagt bzw. die Veranstaltung abgebrochen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.8 Anfrage Herr Mauritz - Schließung von Stadtteilbüros**

Herr Mauritz fragt nach, warum die Stadtteilbüros (StB) immer noch so häufig geschlossen würden. Herr Möller antwortet, dass den Fraktionen vom Fachbereichscontrolling die Gründe der aktuellen Schließungen mitgeteilt und bekannt seien.

Herr Zahn merkt an, dass die StB ein Service für die Lübecker Bürger seien. Es müsse u.a. das Wegbewerben und die damit verbundene Umsetzung der Mitarbeiter verhindert werden. Herr Möller entgegnet, dass schon allein aus arbeitsrechtlicher Sicht niemand daran gehindert werden könne, sich auf andere Stellen zu bewerben. Ebenso könne man Mitarbeiter bei erfolgreicher Bewerbung auf eine andere Stelle nicht auf längere Zeit an den jetzigen Arbeitsplatz binden. Die Ursachen lägen auch am demografischen Wandel, an Langzeiterkrankungen und Mutterschutz/Elternzeit. Deshalb werde versucht, den Service in den stark frequentierten StB Innenstadt und Fackenburg Alle aufrecht zu halten und schließe deshalb in Ausnahmefällen die kleineren StB.

Abschließend merkt Frau Metzner an, dass sich niemand daran stören würde, wenn die StB nur stundenweise besetzt seien, anstatt komplett zu schließen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.9 Anfrage Herr Wegner - Alkoholkonsum an öffentlichen Plätzen**

Herr Wegner teilt mit, dass er von Bürgern mehrfach auf die Situation in der Parkanlage „Im Wiesental“ und der Falkenwiese angesprochen worden sei. So bleibe der Müll nach dem Grillen liegen und es werde in diesem Zusammenhang verstärkt Alkohol konsumiert, in dessen Folge Bürger mehrfach bepöbelt worden seien. Er wisse nicht, was er darauf antworten solle. Herr Möller antwortet, dass man im Bereich Hux- und Falkenwiese durch die Arbeit der Polizei, des Ordnungsdienstes, den EBL und der Vorwerker Diakonie schon Verbesserungen erzielt habe. So seien von den EBL weitere Müllbehälter aufgestellt worden und die „Gelben Engel“ der Vorwerker Diakonie würden diese Gebiete regelmäßig reinigen. Zu den aktuellen Fällen rät er, alles genau zu dokumentieren und den Behörden zu melden, um ggf. eingreifen zu können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 8.10 Anfrage Herr Macziewy - Vandalismus Kleingartenanlagen**

Herr Macziewy berichtet über Vandalismus in einer Kücknitzer Kleingartenanlage. So sei in einem aktuellen Fall ein Pächter krankenhaushausreif geschlagen und die Laube in Brand gesteckt worden. Er hätte vom Vorsitzenden des Gemeinnützigen Kreisverbands Lübeck der Gartenfreunde e.V. gern gewusst, ob es sich um einen Einzelfall handle oder ebenfalls eine Zunahme des Vandalismus in anderen Kleingartenanlagen zu verzeichnen sei.

Herr Zahn merkt an, dass auch beim 3. Polizeirevier nachgefragt werden könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Frau Mählenhoff stellt gemäß Beschlussfassung um 17:45 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.*

Öffentlicher Teil:

**zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Frau Mählenhoff stellt gegen 18:09 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Frau Mählenhoff schließt die Sitzung um ca. 18:10 Uhr.

Lübeck, den 28. August 2014

Silke Mählenhoff  
Vorsitzende

Maik Schneider  
Protokollführung